Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal und Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 44. **Sonnabend, den 31. Mai 1924.** **27. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der bisherige Reichskanzler Dr. Marx wurde mit der Bildung der Reichsregierung vom Reichspräsidenten beauftragt.

* Zum Präsidenten des neuen Deutschen Reichstags wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wallraf gewählt.

* Das Koblenzer Abkommen zwischen den Farbstoffabriken des besetzten Gebietes und der Micum ist bis zum 15. Juli verlängert worden.

* Der amerikanische Botschafter in London betonte bei einem Frühstück, daß die amerikanische Regierung bereit sei, durch Erleichterung der Ausgabe einer deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten an der Anwendung des Sachverständigenberichts praktisch mitzuarbeiten.

* Die japanischen Blätter kündigen den bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages an. Japan werde auf sämtliche Schuldforderungen verzichten und die Sowjetregierung anerkennen.

Die Regierungskrise.

Der Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung ist, entsprechend ihren mehrfachen Ankündigungen, am Vorabend der Reichstagseröffnung zurückgetreten. In dem amtlichen Bericht heißt es:

Die Reichsregierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Mai 1924 beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung heute ernent zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

*

Marx übernimmt die neue Kabinettsbildung.

Berlin, 28. Mai. Der Reichspräsident hat heute vormittag den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Kabinettsbeauftragt. Derselbe hat den Auftrag angenommen.

Reichstag ohne Regierung.

Berlin, den 27. Mai.

Nachdem die Regierung Dr. Marx in letzter Nacht ihren Rücktritt erklärt hatte, trat heute nachmittag der neugewählte Reichstag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Als der Alterspräsident, der sozialistische Abgeordnete Bock, die Sitzung eröffnen wollte, kam es zu außerordentlichen Szenen. Die Kommunisten verlangten stürmisch die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Kommunist Katz betrat trotz des lauten Widerspruches des Hauses die Tribüne und hielt eine Ansprache an das Haus, die aber unter dem allgemeinen Tumult zugrunde ging. Als das Haus sich etwas beruhigt hatte, konnte die Sitzung beginnen und der Präsident die provisorischen Schriftführer ernennen. Dann begann der Namensaufruf. Zu einem langen Tumult kam es dann wieder, als der Name General Ludendorffs aufgerufen würde. Auch der Name des preußischen Innenministers Severing und des Großadmirals von Tirpitz übte bei der äußersten Linken einen ähnlichen Einfluß aus. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 449 Mitgliedern, so daß das Haus beschlußfähig war.

Von kommunistischer und von nationalsozialistischer Seite war eine Reihe von Anträgen eingelaufen, die über einzelne ihrer Mitglieder verhängten Gefängnisstrafen aufzuheben und sie in Freiheit zu setzen. Hierüber entspann sich trotz des Widerspruchs des Hauses eine sehr ausführliche und außerordentliche erregte Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde aber das Haus auf morgen vertagt, um die Präsidentenwahl vorzunehmen und dann über die gestellten Anträge Entschluß zu fassen. Nach den vorliegenden Berichten war die Eröffnungssitzung mit ihrem wüsten Lärm und Zurufen, wie Bluthund, Schweinehund, du Rindvieh, Ausdrücke die im deutschen Parlament fremd waren, wenig dazu angetan, Ersprießliches von dem neuen Reichstag erwarten zu dürfen.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten

Berlin, 28. Mai.

In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstages wurde der Abgeordnete Dr. Wallraf, früherer Oberbürgermeister der Stadt Köln und Reichsminister des Innern, mit 227 Stimmen gegen 151, die auf den bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe fielen, zum Präsidenten des neuen Reichstages in der Stichwahl gewählt. Abg. Wallraf, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, nahm die Wahl an. Das Ergebnis wird von der Rechten mit stürmischem Beifall und Händeklatschen begrüßt, während aus den Reihen der äußersten Linken Unruhe sich bemerkbar macht. Wallraf übernimmt sofort das Präsidium und verspricht, die Würde und die Rechte des Reichstages zu wahren und unparteiisch zu wirken. Er ermahnt das Haus unter lebhaftem Widerspruch der Kommunisten, seine Tätigkeit in parlamentarischen Formen auszuüben. Er schloß mit Worten des Dankes an den früheren Präsidenten Löbe und den Alterspräsidenten Bock.

Wallraf.

*

Eigentlich war die gestrige erste Sitzung des Reichstages gesprengt worden — denn während die Kommunisten die Internationale anstimmten und von der Rechten das Deutschlandlied erscholl, setzte der im Lärm machtlos gewordene Alterspräsident Bock seinen Hut auf und verließ das Haus, das dann ohne förmliche Schließung auseinanderging. Das Interesse an der heutigen Sitzung war wiederum außerordentlich stark, wie die überfüllten Tribünen bewiesen. Die Sitzung selbst, die um 11 Uhr zur Wahl des Präsidiums angesetzt war, konnte erst gegen 12 Uhr beginnen, weil die Parteien sich vorher nicht einigen konnten. Alle hatten bei dem von ihnen genannten Kandidaten beharrt. Die Sitzung selbst verlief außerordentlich lebhaft. Sofort nach Eröffnung durch den Alterspräsidenten stellte der Zentrumsführer Fehrenbach den Antrag, die Sitzung überhaupt auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis über die Regierungsbildung und die Besetzung des Präsidiums Klarheit geschaffen sei, da beide Fragen eng miteinander zusammenhängen. Dieses Verlangen fand bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschnationalen, der National-sozialistischen Freiheitspartei und vor allem bei den Kommunisten lebhaften Widerspruch. Namentlich der Abg. Koenen (Kommunist) plädierte lebhaft dagegen und verlangte im Falle der Annahme des Antrages wenigstens sofortige Verhandlung über die Anträge auf Haftentlassung der festgenommenen kommunistischen Abgeordneten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag Fehrenbach gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Jetzt kam der Abg. Fehrenbach mit einem neuen Vorschlage, die Sitzung bis 2 Uhr zu vertagen und erklärte gleichzeitig die Zustimmung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu diesem Wunsche. Diesem Verlangen zeigten sich jetzt auch die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen geneigt, so daß unter dem ironischen Beifall der Kommunisten schließlich die Vertagung bis um 2 Uhr beschlossen wurde.

Die entscheidende Abstimmung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gegen 2¼ Uhr versuchte der Kommunist Scholem erneut über die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen beraten zu lassen. Es entstand bei seinen Ausführungen ein großer Lärm, und laute Zwischenrufe ertönten aus dem Hause. Nach längeren Ausführungen des bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe lehnte das Haus es ab, vor der Wahl die Anträge zu besprechen. Bei der nun folgenden Präsidentenwahl erhielt der deutschnationale Abgeordnete Wallraf 202, der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe 107, der Kommunist Thalmann 47 und der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach 63 Stimmen. Es ist demnach Stichwahl zwischen Wallraf und Löbe nötig. Der Namensaufruf und die Stimmenabgabe erfolgte im allgemeinen ruhig. Nur bei dem Namen Ludendorff kam es wieder zu erregten Szenen, da ihn die Kommunisten mit lauten Zurufen begrüßten, die die Deutschvölkischen ebenso lärmend erwiderten. Zeitweilig sah es so aus, als ob es zu einem Handgemenge zwischen den beiden Parteien kommen sollte. Die Stichwahl entschied mit 227 gegen 151 Stimmen für den Abg. Dr. Wallraf, der sofort die Leitung der Geschäfte übernahm. Als er mitteilte, daß seiner Meinung nach die Zahl der Vizepräsidenten, die jetzt zu wählen seien, auf drei beschränkt werden müsse, ertönt aus den Reihen der Kommunisten ein lautes „Aha!" Der Abg. Löbe schlägt vor, zum ersten Vizepräsidenten den sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann durch Zuruf zu wählen. Da Widerspruch seitens des völkischen Abgeordneten v. Graefe erhoben wird, muß auch diese Wahl durch Namensaufruf und Zettelabgabe erfolgen.

*

Dr. Wallraf wurde am 18. September 1859 in Köln geboren als Sohn des Justizrats Wallraf, studierte in Bonn, Heidelberg, Leipzig, arbeitete als Referendar in Köln und Oppeln, als Assessor in Aachen, wurde Landrat in Malmedy und St. Goar, Polizeipräsident in Aachen, Oberpräsident in Koblenz und 1907 Oberbürgermeister in Köln. Unter der Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling war er 1918 Staatssekretär des Innern.

Dr. Marx soll das Kabinett bilden.

m. Berlin, 28. Mai.

Der Reichspräsident konferierte heute morgen zunächst mit dem deutschnationalen Führer Hergt, um die Kabinettsbildung zu besprechen. Hergt soll dabei erklärt haben, daß die Deutschnationalen bereit seien, unter Umständen sich an einer großbürgerlichen Regierung zu beteiligen. Die Grundlage der Einigung könnte nach einer deutschnationalen Erklärung in der Richtung gefunden werden, daß die Regierungserklärung zum Ausdruck bringt, die neue Reichsregierung sei bereit, die erforderlichen Verhandlungen mit dem Ausland, ausgehend von dem Sachverständigengutachten, das die bisherige Reichsregierung als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, zu führen.

Unmittelbar nach der Unterredung mit Hergt, wurde Dr. Marx zum Reichspräsidenten gebeten, und es wurde ihm der formelle Auftrag der Regierungsbildung übertragen. Ob bei einem Übereinkommen mit den Deutschnationalen diese allerdings den bisherigen Außenminister Dr. Stresemann annehmen würden, ist sehr fraglich. Der bisherige Reichskanzler Dr. Marx verhandelte im Laufe des Tages mit den deutschnationalen Vertretern Hergt, Graf Westarp und Lindeiner.

Die Volkspartei für Schwarz-weiß-rot.

Wahlalter 25 Jahre.

Die deutsche Volkspartei beantragte im Reichstag, den Artikel 3 der Reichsverfassung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot." Ferner beantragt die Fraktion, im Artikel 22 der Reichsverfassung das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen.

In einem weiteren Antrage wird die Einsetzung eines Ausschusses des Reichstages von 28 Mitgliedern gefordert, der den Auftrag erhalten soll, die Reichsverfassung vom 11. August 1919 mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Reich und Ländern auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung einer Nachprüfung zu unterziehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Post- und Fernsprechgebühren im besetzten Gebiet

Die Rheinlandkommission hat die Gesetze und Verordnungen, durch die die Erhebung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren in Goldmark geregelt wird, unter dem Vorbehalt für das besetzte Gebiet zugelassen, daß die Mitglieder und das Personal der Besatzungsarmeen nur die Hälfte der in den Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen Gebühren bezahlen.

Gegen die Gehaltsregelung der Beamten.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltete in Berlin eine Protestkundgebung gegen die Besoldungsneuregelung. Die zahlreich besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der sie Protest dagegen einlegt, daß das Juni-Gesamteinkommen der unteren Gruppen nur mit etwa 13 % und das der mittleren Gruppen mit ungefähr 22 % angebessert wurde, während das Gesamteinkommen der oberen Gruppen um 60 % erhöht worden ist.

Die geschädigten kleinen Sparer.

Im Preußischen Landtage hat die Deutschnationale Fraktion folgende Anfrage eingebracht: „Durch Festsetzung der Reichsbank, daß die Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark gelten soll und durch die dritte Steuernotverordnung, wonach das Reich den Zinsendienst für die Kriegsan-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719240531-15/fragment/page=0001

reihe einstellt, ist der Masse der kleinen Sparer — Arbeiter, Beamte und Mittelständler — alles genommen, was sie sich in jahrzehntelanger Arbeit erspart hat. Dabei liegen die Dinge vielfach so, daß viele Städte große Sachwerte im Waldbesitz haben. Die Sparkassen jener Städte könnten deshalb mit Leichtigkeit den Verpflichtungen ihren Sparern gegenüber nachkommen. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die Reichsregierung zu veranlassen, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen?

Bürgerblock in Anhalt abgelehnt.

Die Deutsch-demokratische Partei hat die Aufforderung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zur Bildung eines bürgerlichen Blocks für die Landtagswahlen abgelehnt. Sie erblickt in der Aufforderung lediglich ein taktisches Manöver und hält dies angesichts der vielen Sonderlisten für gänzlich aussichtslos.

Japan.

× **Gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz.** Das Kabinett wird in einer außerordentlichen Sitzung über einen endgültigen Schritt hinsichtlich des amerikanischen Einwanderungsgesetzes beraten. Man ist allgemein der Ansicht, daß dieser Schritt die Form eines ausdrücklichen Protestes gegen das Gesetz annehmen werde, da es eine Verletzung des amerikanisch-japanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages darstelle.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die politische Polizei hat bei verschiedenen Kommunisten Haussuchungen abgehalten. Ein kommunistischer Abgeordneter wurde verhaftet.

München. Die Parteien der nationalen Rechten im bayerischen Landtag haben sich als gemeinsame Fraktion konstituiert. Vorsitzender ist Dr. Hilpert.

Königsberg. Die von den Marinevereinigungen Ostpreußens am Tage der Skagerrak-Schlacht geplanten öffentlichen Veranstaltungen, bestehend in Feldgottesdienst und Enthüllung eines Ehrendenkmals, sind verboten worden.

Preußischer Landtag.

Der preußische Landtag setzte die große politische Aussprache zum Haushalt 1924 fort. Besprochen wurde dabei eine Reihe von Interpellationen, zu deren Beantwortung sich die Regierung bereit erklärt hat.

Abg. **Lüdemann** (Soz.) sagt der Regierung die Unterstützung seiner Partei in der Frage der Stabilerhaltung der Währung zu. Voraussetzung sei, daß die Steuerpolitik gerechter werde. Eine weitere steuerliche Belastung der breiten Massen lehne seine Partei ab. Der Redner verlangt von der preußischen Regierung eine sozialere Gehaltspolitik, als sie die Reichsregierung treibe, deren Umstellung der Beamtenbesoldung zugunsten der höchsten Gehälter ein schreiendes Unrecht darstelle.

Abg. **Keß** (Ztr.) verlangt, daß der Beamtenabbau so schnell wie möglich beendet werde.

Abg. Dr. **Winkler** (Dtschnl.) erklärt sich mit den Ausführungen des Finanzministers bei der Einbringung des Haushaltsplanes einverstanden. Seit seiner Etatsrede sei jedoch die neue Tatsache der von Reichswegen erfolgten Erhöhung der Beamtenbesoldung eingetreten, die doch auch das Gleichgewicht des preußischen Etats nachteilig beeinflussen müsse. Mit dem Beamtenabbau sollte baldmöglichst Schluß gemacht werden. Nicht der Beamte, sondern die Stelle muß abgebaut werden, sonst ist der Abbau bloß ein bequemes Mittel, unbequeme oder mißliebige Beamte zu beseitigen.

Abg. **Wiemer** (D. Vp.) erklärt, daß zurzeit kein Anlaß zur Auflösung des Landtages vorliege. Der Wahlkampf im Reiche allein sei kein ausreichender Grund. Die Aufbesserung der Beamtengehälter begrüßen wir. Gegen die Plötzlichkeit der Beschlußfassung im Reich muß aber Einspruch erhoben werden. Nur dürfen die preußischen Beamten nicht darunter leiden und schlechter gestellt werden als die des Reiches.

Finanzminister Dr. **v. Richter** erklärte, durch die Besoldungserhöhung im Reiche seien sämtliche Länder überrascht worden. Sie haben sich zumeist unserm Protest angeschlossen, bis auf einige Weise, die glauben, in gleicher Weise erhöhen zu können. Wir wissen, daß die Besoldung unzureichend ist. Mein Protest gründet sich darauf, daß die Länder in Mehrzahl nicht in der Lage sind, dem Beispiel des Reiches zu folgen.

Bei der Fortsetzung der Etatsdebatte wies Finanzminister v. Richter darauf hin, daß Preußen durch die Besoldungserhöhung im Reiche, ohne vorher gehört worden zu sein, vor eine vollendete Tatsache gestellt würde, die finanzielle für alle Länder zu den schwersten Bedenken Anlaß geben müsse.

Der Demokrat Dr. **Höpker-Aschoff** erklärt, angesichts der Überlastung der Wirtschaft mit Steuern müsse man den Ländern und Gemeinden das Recht auf Zuschläge auf die Vermögen geben, die durch die Inflationszeit hindurch gerettet oder sogar vermehrt worden seien. Bei dem Mehrbedarf von 500 Millionen Goldmark für die Beamtenaufbesserung stehe der Finanzminister vor einer fast unlösbaren Aufgabe.

Der Kommunist Abg. Dr. **Meyer-Ostpreußen** brachte zur Sprache, daß die Berliner Polizei soeben in Berlin eine Haussuchung bei dem kommunistischen Abgeordneten Schmidt abgehalten habe, statt des abwesenden Gesuchten habe die Polizei einen anderen zufällig anwesenden kommunistischen Abgeordneten verhaftet. (Präsident Leinert erwiderte, daß diese Mitteilung nichts mit der Geschäftsordnung zu tun habe.)

Abg. **Biester** (Deutsch-hann.) spricht über die Abstimmung in Hannover und greift die preußischen Behörden an. Die Hannoveraner würden kämpfen.

Finanzminister Dr. **v. Richter** tritt dem scharf entgegen. Die Abstimmung habe bewiesen, daß die wirklichen richtigen Hannoveraner gar nicht auf dem Standpunkt der Ablösung von Preußen ständen.

Abg. **Heilmann** (Soz.) führt aus, das Sachverständigengutachten habe recht, wenn es behaupte, die großen Vermögen in Deutschland seien zu wenig erfaßt.

Ein neuer politischer Mord?

Berlin, 27. Mai. In der vergangenen Nacht gegen 1¾ Uhr wurde in einem Wäldchen etwa 700 Meter südlich der Chaussee Mahlsdorf—Dahlwitz ein junger Mann, dem die Augen verbunden waren, erstochen aufgefunden. Er war mit schwarzen Beinkleidern und Schnürschuhen, einem Sporthemd, braunkarrierten Jacket und einer Schülermütze bekleidet. Auf der Brust war ein Zettel angeheftet mit der Aufschrift: „Tod den Faschisten!" Die sofort benachrichtigte politische Polizei des Polizeipräsidiums in Berlin entsandte Kriminalkommissar Schenck, der mit seinen Beamten an den Tatort eilte und feststellte, daß der Ermordete der 16jährige Sohn des Magistratsassistenten Beyer ist, der in Mahlsdorf, Lindenstr. 31, wohnte. Näheres wird erst die weitere Untersuchung ergeben.

Der Attentatsplan gegen General Seeckt.

(3. Tag.) § Berlin, 28. Mai.

Nach der Vernehmung Dr. Grandels begann die Beweisaufnahme. Zuerst wurden die Aussagen, die Thormann und Dr. Grandel vor dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Rothmann gemacht hatten, verlesen. Thormanns damalige Aussage deckt sich im wesentlichen mit dem, was der Angeklagte jetzt bei seiner Vernehmung mitgeteilt hat. Dagegen hat Dr. Grandel damals ganz anders ausgesagt als jetzt. Er gab bald nach seiner Verhaftung folgendes zu Protokoll: „Ich gestehe, daß ich mich an einem Komplott zur Ermordung des Generals v. Seeckt beteiligt habe und daß ich von Justizrat Claaß hierzu angestiftet bin. Im Oktober 1923 hat Justizrat Claaß mir den Plan zur Ermordung Seeckts vorgelegt. Er stellte in Aussicht, daß für die Beseitigung Seeckts Geld beschafft werden würde, und zählte mir damals 12 000 Mark aus. Dieses Geld habe ich Thormann übergeben. Ich fand in den letzten Monaten des vorigen Jahres keine geeigneten Leute zur Ausführung der Tat, so daß Justizrat Claaß mich schließlich zu dem Unternehmen drängte. Dann lernte ich Thormann kennen, der sowohl dem Viking-Bund als auch der Ehrhardt-Brigade angehörte. Thormann erklärte mir, daß er

zur Tat bereit

sei, und nannte bei dieser Gelegenheit den Namen des Herrn v. Tettenborn." — Als erster Zeuge wurde dann Landgerichtsrat Dr. Rothmann vernommen. Er äußerte sich über Thormanns Geständnis und bestätigte, daß Thormann den Herrn v. Tettenborn als „außerordentlichen Schuft" bezeichnete. Was Dr. Grandels Geständnis angehe, so habe Oberregierungsrat Weiß, der Leiter der politischen Polizei, erklärt, daß er es nicht glaube; andere amtliche Stellen hätten die gegenteilige Auffassung vertreten. Der Zeuge Amtsgerichtsrat Dr. Wagemann ist der Ansicht, daß Grandel sein Geständnis vor dem Untersuchungsrichter in einer Art „Rauschzustand" abgegeben habe. Nunmehr äußerte sich der Geh. Medizinalrat Dr. Störmer als Sachverständiger über den

Geisteszustand der Angeklagten.

Thormann sei nicht geisteskrank und unzurechnungsfähig im Sinne des Gesetzes, aber er sei ein minderwertiger Mensch, der einen gewissen Hang zur Wichtigtuerei besitzt und sich in alle möglichen Dinge einzumischen suche. Grandel zeige Symptome von Hysterie. Er habe in der Familie schwere seelische Erschütterungen erlebt. Seine erste Ehe sei geschieden, eines seiner Kinder sei ertrunken. Seitdem habe sich ein gewisser Aberglaube bei dem Angeklagten herausgebildet. Grandel befasse sich auch mit okkultistischen Dingen und behaupte, daß von Thormann ein gewisser Zwang auf ihn ausgeübt worden sei. Früher habe er niemals eine Selbstbezichtigung gegen sich erhoben. Irgendeine Geistesstörung liege bei Grandel nicht vor. Unter ungeheurer Spannung wurde dann unvereidigt der im Laufe des Prozesses wiederholt genannte

Justizrat Claaß vernommen.

Er bestreitet, mit Grandel über ein Attentat auf General v. Seeckt gesprochen zu haben. Richtig sei, daß er Grandel kenne, und daß er mit ihm über Abwehrmaßnahmen gegen die Machenschaften der Franzosen und der Separatisten gesprochen habe. Grandel habe für seine Tätigkeit Geld bekommen. Er habe später mit ihm auch über Seeckt gesprochen, aber er könne das, was da verhandelt worden sei, nur in geheimer Sitzung mitteilen, da es sich um Dinge handle, die die innere Staatssicherheit berührten. Generalstaatsanwalt Lindow stellte daraufhin den Antrag, General v. Seeckt als Zeugen zu laden. Der Generalstaatsanwalt ergänzte diesen Antrag durch die Mitteilung, daß der General bereit sei, vor Gericht zu erscheinen. Der Gerichtshof hielt es angesichts dieser Zuspitzung der Sachlage für unzweckmäßig, die Vernehmung des Justizrats Claaß fortzusetzen und vertagte die Verhandlung auf Freitag vormittag. Ein Beschluß über die Ladung des Generals v. Seeckt ist noch nicht erfolgt.

Ein Tag des Handwerks.

Erklärungen des Wirtschaftsministers Hamm.

Berlin, 28. Mai.

Der „Reichsverband des Deutschen Handwerks" veranstaltete hier eine Kundgebung, an der zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie Vertreter der Reichsbanndirektion, des Oberpräsidenten, der Stadt Berlin, Vertreter der verschiedensten Handels- und Gewerbeorganisationen sowie mehrere Reichstagsabgeordnete teilnahmen. Unter den Erschienenen bemerkte man u. a. den Reichswirtschaftsminister Hamm, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, den preußischen Handelsminister Siering, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht u. a. m.

Reichswirtschaftsminister Hamm betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß man sich noch nicht in einer Zeit des raschen Aufstiegs, sondern nur der wiedererwachenden Arbeit befinde. Die Schuld an der gegenwärtigen Finanzkrise schob Reichsminister Hamm dem Verhalten weiter Volkskreise zu, mehr für die angenehmen Dinge des Lebens auszugeben, als unsere eben gesetzige Währung vertrage. Die Kreditnot könne nicht durch neue Geldschöpfung beseitigt werden, sondern nur durch die Schaffung von neuem Kapital. Dies sei aber nur durch Sparsamkeit und Arbeit zu erlangen. Der Minister erklärte weiter, die Reichsregierung werde für Freiheit der Wirtschaft und verständige Änderung der Steuergesetze eintreten. Nötig sei aber auch eine Verbilligung der Preise. Eine neue Handwerksordnung werde kommen.

Der Schülermord in Mahlsdorf.

Drei Verhaftungen.

Berlin, 28. Mai.

Die Nachforschungen der Berliner politischen Polizei nach dem Mörder des in einem Gehölz bei Mahlsdorf ermordet aufgefundenen 15jährigen Schülers Günther Beyer haben zu drei Verhaftungen geführt, und man darf mit einiger Sicherheit annehmen, daß sich unter den Verhafteten der Täter befindet. Es ist dies ein gewisser Liebeck, der früher der Kommunistischen Partei angehörte, sich dann aber dem Deutschnationalen Jugendbund angeschlossen hat.

Günther Beyer besuchte in Köpenick das Realgymnasium und war Schüler der Untersekunda. Seine Lehrer stellen ihm ein gutes Zeugnis aus. Er gehörte sei längerer Zeit dem Deutschnationalen Jugendbund an und hatte dort für den Bezirk Mahlsdorf eine leitende Stellung inne. Zu seinen Angelegenheiten gehörte in den letzten Tagen die Entlarvung eines angeblichen Spitzels, der nach seiner Meinung Dienste für die Kommunistische Partei geleistet hatte.

Nah und Fern.

⊙ **Handgranatenattentat gegen eine Flüchtlingsfamilie.** Gegen eine Flüchtlingsfamilie in der Barackenkolonie Zaborze wurde ein Handgranatenattentat verübt, nachdem schon vorher Drohbriefe eingegangen waren, weil der Familienvater und seine älteren Söhne sich bei Notstandsarbeiten betätigt hatten. Die durch das Fenster geschleuderte Stielhandgranate explodierte in der Stube und verwundete zwei in der Stube anwesende Söhne erheblich. Außerdem büßte einer infolge der Detonation sein Gehör ein.

○ **Riesenunterschlagungen.** Auf der Zuckerfabrik Hadmersleben bei Halberstadt wurden umfangreiche Unterschlagungen eines Buchhalters namens Gleie entdeckt. Die veruntreuten Gelder werden auf 260 000 Goldmark beziffert. Das Geld hat Gleie, der verhaftet worden ist, an in- und ausländischen Rennplätzen verwettet.

⊙ **20 Tote bei einem Hotelbrand.** In Newark (Staat New Jersey) ist ein großes Hotel abgebrannt. Die Feuersbrunst brach aus, während die Hotelgäste schliefen. Man zählt 20 Tote; viele Hotelgäste, die in kleineren Zimmern schliefen und nicht zeitig genug geweckt werden konnten, sind in ihren Betten verbrannt. Andere liefen halb angezogen und schreiend umher. Schreckliche Szenen sollen sich abgespielt haben, bis die Feuerwehr zu Hilfe eilte. (Newark ist durch Untergrundbahn mit Newyork verbunden.)

○ **Hungerstreik verhafteter Kommunisten.** Die am 25. Mai verhafteten Münchener Kommunisten, darunter drei Landtagsabgeordnete und zwei Reichstagsabgeordnete, haben gegen ihre Verhaftung Beschwerde erhoben. Da die Polizeidirektion die Beschwerde verzögerte, sind die Verhafteten mit Ausnahme von Dr. Karl Frank in den Hungerstreik getreten.

○ **Die Mutter als Mörderin.** In Hadmersleben brachte die 25jährige Anna Longwitz ihren vorehelichen 4jährigen Sohn, den ihr Bräutigam als Ehehindernis bezeichnete, auf bestialische Weise um. Sie ertränkte das Kind in einem Wasserreimer und zerschnitt dann die Leiche in kleine Stücke, die sie an den verschiedensten Stellen auf den Feldern vergrub. Als sie den Rest der Leiche in einem Handköfferchen wegtragen wollte, sah ein Gutsinspektor Blut heraustropfen und veranlaßte die Verhaftung der Mörderin.

⊙ **Ein Opfer der Schlafkrankheit.** Der Besitzer der White Star Line, Bower Ißnay, ist in London im Alter von 50 Jahren an der Schlafkrankheit gestorben. Ißnay ist in weiten Kreisen bekannt geworden als der Besitzer und einer der Überlebenden der „Titanic". Als das Riesenschiff im Jahre 1911 nach einem Zusammenstoß mit einem Eisberg unterging, machte man Ißnay den Vorwurf, daß er sich mit einem Boot gerettet habe, während noch zahlreiche Frauen auf dem Schiff zurückblieben.

⊙ **Die Gerüchte über den litauischen Finanzminister unbegründet.** Gegenüber den Gerüchten, der litauische Finanzminister Petrulis sei unter Mitnahme großer Geldbeträge geflüchtet, wird von zuständiger Stelle in Kowno mitgeteilt, daß diese Nachrichten auf Erfindung beruhen.

⊙ **Bombenattentat in China.** Gegen den Militärgouverneur von Futschan in China wurde ein Bombenattentat verübt. Der Gouverneur blieb unverletzt, dagegen wurde General Lub-fiam-ting verwundet. Zwei Soldaten und der Chauffeur des Autos, in dem der Gouverneur saß, wurden getötet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein doppeltes Todesurteil fällte das Trierer Schwurgericht, und zwar gegen die 30jährige Witwe Roß und den 22 Jahre alten Bäder Johann Reinert.** Die beiden hatten ein Verhältnis miteinander und beschlossen, die drei Kinder der Witwe zu ermorden. Der dreijährige Nikolaus Roß wurde von Reinert in bestialischer Weise ums Leben gebracht; die beiden anderen Kinder konnten gerettet werden. Die Mutter des zum Tode verurteilten Reinert erhielt wegen Beihilfe zu dem Verbrechen zehn Jahre Zuchthaus. Ein gewisser Becker, in dessen Wohnwagen das Verbrechen ausgeheckt worden war, wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **14 Jahre Zuchthaus für einen Hochverräter.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den ehemaligen Reichswehrwachtmeister Artur Dietsch aus Plauen i. Vogtl. verhandelt. Der Angeklagte war des Landesverrats, der Spionage und des Verrats militärischer Geheimnisse beschuldigt. Der Reichsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren. Der Senat ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu 14 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 10 Jahre.

Friedensvorschläge im Ruhrstreik.

Die erneuerten Schlichtungsverhandlungen in Berlin für den Ruhrbergbau haben zu neuen Vorschlägen geführt, die nunmehr von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihren Organisationen vorgelegt werden.

Seit über drei Wochen tobt der Kampf im Ruhrgebiet, nicht bloß die Bergwerke liegen still, sondern auch die Fabriken müssen eine nach der andern stillegen, weil sie keine Kohle mehr haben. Noch komplizierter ist die ganze Lage geworden, weil zu der Frage der Arbeitszeitregelung auch Lohnforderungen getreten sind. Gegen den neulich gefällten Schiedsspruch, der übrigens nicht für verbindlich erklärt wurde, weil er von den Arbeitnehmern aufs schärfste abgelehnt wurde und obwohl die Arbeitgeberseite diese Verbindlichkeitserklärung verlangte, hatten die Arbeiter nach zwei Richtungen hin Einwendungen erhoben, die zur Ablehnung führten: die nicht höher bezahlte tatsächlich durchgeführte Verlängerung der grundsätzlich siebenstündigen Schicht um eine Stunde und die unkündbare Festlegung dieser Mehrarbeit auf ein ganzes Jahr. Ein ähnlicher Schiedsspruch ist übrigens gerade auch im rheinischen Braunkohlenrevier erfolgt, wonach hier das Zweischichtensystem mit einer Arbeitszeit von 10 Stunden, wie es bisher bestand, bis zum 30. September beibehalten werden soll; der Antrag auf Lohnerhöhung wurde abgelehnt. Auch dieser Schiedsspruch ist von den freien und den christlichen Bergarbeitergewerkschaften verworfen worden.

Die Bergwerksunternehmer sind in einer an und für sich überaus einfachen Zwangslage: angesichts der Tatsache, daß jede verkaufte Tonne Kohle ihnen einen Barverlust von 3—4 Mark verursacht, weil ja 27 % des Erlöses durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719240531-15/fragment/page=0002

die Micumverträge ohne Entschädigung fortfallen, dazu 1,30 Mark Kohlensteuer bezahlt werden muß, angesichts der Tatsache, daß die Lohnquote bei den Gestehungskosten von 37 % vor dem Kriege auf jetzt 72 % emporgestiegen ist, so lehne sie eine Verkürzung der Arbeitszeit ebenso ab wie eine Erhöhung der Löhne. Erhält man doch in Bielefeld und an anderen Orten an der Grenze des Ruhrgebietes die englische und die oberschlesische Kohle ebenso billig wie die Ruhrkohle und beispielsweise in Frankfurt a. M., wo früher die Ruhrkohle unumschränkt dominierte, ist sie jetzt 3—4 Mark teurer als die beiden andern Kohlensorten. Ihr Absatzgebiet ist ganz außerordentlich eingeengt und die Unzufriedenheit der Bergarbeiter über die Löhne ist insofern berechtigt, daß die wirklich erhaltene Lohnsumme durch die im März und April zahlreich eingelegten Feierschichten sehr stark verkürzt wurde. Die Einlegung der Feierschichten hat aber neben dem mangelnden Absatz vor allem die Unfähigkeit und Hilflosigkeit der belgisch-französischen Eisenbahnregie bei der Wagengestellung für den Kohlentransport als Grund.

Bei den oben erwähnten beiden Punkten ist nun in den langen Schlichtungsverhandlungen angeknüpft worden, und man ist schließlich darum zu neuen Vorschlägen gekommen. Mehrarbeit von täglich einer Stunde über die Siebenstundenschicht hinaus, aber unkündbar nur bis zum 30. September; ferner Erhöhung des am 1. Mai bekanntlich um 15 % heraufgesetzten Schichtlohnes um weitere 5 %; Arbeitszeit über Tag also 9 Stunden, nicht wie die Arbeitgeber ursprünglich verlangten 10 Stunden. Dabei ist freilich nicht gesagt, ob die 8 Stunden als reine Arbeitszeit oder einschließlich An- und Abfahrt, d. h. eine wirkliche Arbeitszeit von 6½ Stunden zu verstehen ist. Wird die Aus- und Abfahrt nicht gerechnet, so kommt eine wirkliche Arbeitszeit von 7½ Stunden heraus.

Stimmen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu, so bedeutet das ein Nachgeben auf beiden Seiten. Angesichts der sehr starken politischen Tendenzen, die in den Ruhrbergkampf hineingetragen worden sind, werden es die verhandlungs- und nachgiebigkeitsbereiten Vertreter der Arbeitnehmer natürlich sehr schwer haben, ihre Leute zu dieser Nachgiebigkeit zu veranlassen. Vielleicht kann das nur — die Not. Und die ist furchtbar groß geworden im Westen. Furchtbar groß sind auch die volkswirtschaftlichen Verluste. Und das alles angesichts der furchtbar großen Krise, in der unsere Gesamtwirtschaft sich befindet. Freilich, ob die Unternehmer annehmen werden, muß abgewartet werden.

Ablehnung der Unternehmer.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Regelung der Arbeitszeitfrage als günstig nicht angesehen werden könne, weil bereits in kurzem wiederum Verhandlungen notwendig sind, die zu Auseinandersetzungen führen können. Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse erklären sich die Unternehmer außerstande, die Lohnerhöhung zu tragen. Nach Lage der Dinge erscheint ihnen die Beschaffung der notwendigen Mittel unmöglich.

Eingreifen der belgischen Besatzung.

In Buer kam es zu einer ernsten Besprechung zwischen der Besatzungsbehörde, den Zechenbesitzern und Zechenbetriebsräten. Der Kommandant führte aus, daß die Notstandsarbeiten von den Zechen unter allen Umständen geleistet werden und daß die Kokereibetriebe völlig intakt gehalten werden müßten, damit nach Beendigung des Ruhrkonflikts die Arbeit sofort wieder voll aufgenommen werden könnte. Die Zechenbesitzer erklärten jedoch, für die Notstandsarbeiten mindestens 7 % der Belegschaften zu brauchen. Von der belgischen Besatzungsbehörde wurde betont, daß die Zechen besetzt werden würden, falls nicht eine befriedigende Regelung der Notstandsarbeiten zustande käme.

Wahl der Vizepräsidenten des Reichstags.

Berlin, 29. Mai.

Zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages wurde gestern in den späten Nachmittagsstunden der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann mit 200 Stimmen gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Bell, der durch Zuruf gewählt wurde. Für das Amt des dritten Vizepräsidenten schlug der Abgeordnete Koenen (Komm.) den kommunistischen Abgeordneten Katz vor, da die Kommunistische Partei die viertstärkste Fraktion des Hauses sei. Koenens Vorschlag erregte bei den anderen Parteien stürmische Heiterkeit, auf die die Kommunisten mit tosendem Lärm antworteten. Abg. Brüninghaus (D. Vp.) schlug als dritten Vizepräsidenten den Abg. Rießer (D. Vp.) vor. Die Wahl wurde dann durch Stimmzettel vorgenommen, und Abg. Dr. Rießer wurde mit 212 Stimmen gewählt. Abg. Katz (Komm.) erhielt 48, Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) 46 Stimmen. Bevor die Wahl der zwölf Schriftführer erfolgte, beantragte Abg. Scholem (Komm.), während der Wahlhandlung schon die kommunistischen Anträge über die Freilassung der verhafteten Abgeordneten zu behandeln. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde jedoch die Entscheidung über diesen Antrag bis nach der Wahl der Schriftführer zurückgestellt. Das Ergebnis der Schriftführerwahl soll aber erst in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden. Die bisherigen Ausschüsse des Reichstags wurden wieder eingesetzt.

Es entspann sich darauf eine sehr lange Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Behandlung der Anträge, die die Infreiheitsetzung der inhaftierten Reichstagsabgeordneten verfolgen. Nach stundenlanger Debatte wurden die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten auf sofortige Haftentlassung der noch in Haft befindlichen Abgeordneten im Hammelsprung mit 189 gegen 143 Stimmen unter stürmischen Protesten und Pfui-Rufen der Komunisten abgelehnt und die Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Parteiverbote dem Rechtsausschuß überwiesen.

Abg. Loebe (Soz.) nimmt darauf mit der Erklärung, daß die Abstimmung über die Haftentlassungsanträge ein Ergebnis gehabt habe, das zweifellos nicht im Sinne der Mehrheit des Hauses liege, diese Anträge wieder auf und beantragt seinerseits ihre Überweisung an den Geschäftsordnungsausschuß. Abg. Fehrenbach (Zentrum) schließt sich dem Antrag Loebe an und beantragt, diesen Antrag in einer neuen Sitzung zu erledigen. Präsident Wallraf entspricht diesem Vorschlag, und es kommt zu einer dritten Sitzung, in der debattelos einstimmig der Antrag Loebe angenommen wird. Um 8¾ Uhr vertagt sich das Haus. Dem Präsidenten wird die Anberaumung der nächsten Sitzung und die Aufstellung der Tagesordnung überlassen

Briefwechsel Macdonald—Poincaré.

Paris, 29. Mai.

Gestern abend wurde hier und in London gleichzeitig der Briefwechsel Poincaré—Macdonald veröffentlicht. Er besteht aus fünf Briefen, von denen der erste am 14. Mai von Poincaré an Macdonald gerichtet wurde. In diesem Briefe kündigt Poincaré die bevorstehende Demission des französischen Kabinetts an und spricht dann über die Stellung Frankreichs zur Ruhrbesetzung. Das französische Kabinett habe ohne jede Einschränkung die Gutachten als Basis zur Lösung des Reparationsproblems angenommen und sei bereit gewesen, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands herzustellen, sobald Deutschland die Durchführung des in den Berichten bezeichneten Programms angenommen hätte. Poincaré betont dann nochmals, daß er immer noch bereit wäre, die Ruhr in dem Maße zu räumen, als Deutschland bereit wäre, zu bezahlen, und daß dies heißen wolle, er sei bereit, dieses so bald als möglich zu tun.

Die Antwort Macdonalds auf diesen Brief war ziemlich ausweichend. Der englische Premier bedauert, daß er die persönliche Bekanntschaft mit Poincaré nicht machen könne. Das hindere aber nicht, die Probleme zu studieren, die so schnell wie möglich zu einer Lösung gelangen müßten. Am 15. Mai schrieb Poincaré an Macdonald: „Unsere Unterredung kann brieflich oder durch Vermittlung unserer Botschafter fortgesetzt werden. Ich selbst ziehe den brieflichen Verkehr vor.“ Am 24. Mai antwotete Macdonald Poincaré mit einem höflichen Schreiben, in dem es heißt: „Ich möchte in aller Öffentlichkeit den Gedankenaustausch fortsetzen, den wir begonnen haben. Ich würde mich freuen, wenn England und Frankreich zur Lösung des Reparationsproblems möglichst eng zusammenarbeiten würden.“ Am 25. Mai hat Poincaré Macdonald ganz kurz geantwortet. Er bestätigte seinen letzten Brief und sprach seinerseits die Hoffnung aus, daß, welche Regierung immer in Frankreich nunmehr ans Ruder kommen würde, die Beziehung zwischen beiden Ländern im Interesse des Friedens der Welt so eng wie möglich sein würden.

Letzte Nachrichten.

Leipzig. (Landarbeiterstreik.) Im Bezirk Leipzig streiken seit einigen Tagen auf zahlreichen Gütern die Landarbeiter. Neuerdings ist eine Verschärfung der Lage eingetreten. Auch Notstandsarbeit im engsten Sinne des Wortes, also die Viehpflege, wird auf vielen Gütern verweigert.

Geteilte Haltung der Bergarbeiter.

Bochum, 29. Mai. Die Revierkonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes hat gestern nachmittag den neuen Schiedsspruch im Ruhrstreit mit 107 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter dagegen nahm den Schiedsspruch mit 121 gegen 7 Stimmen an.

Möhl bayerischer Ministerpräsident?

München, 29. Mai. In politischen Kreisen wird bei der Erörterung der Frage der Besetzung des bayerischen Ministerpräsidentenpostens der Name des Reichswehrgenerals Möhl genannt, des früheren Landeskommandanten des Bayerischen Reichswehrkreises und jetzigen Kommandanten des Wehrkreises Kassel.

Die Botschafterkonferenz lehnt Deutschlands Vorschläge ab.

Paris, 29. Mai. Die Botschafterkonferenz hat gestern den Wortlaut der Antwortnote auf die deutsche Note wegen der Militärkontrolle festgestellt. Die Botschafterkonferenz beschloß, die deutschen Vorschläge abzulehnen und die fünf Punkte aufrechtzuerhalten, für die sie Aufklärung gewünscht hatte. Diese sind: 1. Reorganisation der Schupo, 2. Umstellung der Fabriken, 3. Auslieferung des restlichen Kriegsmaterials, 4. Lieferung der Dokumente bezüglich des Kriegsmaterials zur Zeit des Waffenstillstandes und der Kriegsproduktion während des Krieges und nach dem Kriegszustand, 5. Verlängerung der Gesetze über das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial.

Japans Protest beschlossen.

Tokio, 29. Mai. Das japanische Kabinett hat den angekündigten Protest gegen das amerikanische Gesetz, durch das die Japaner von der Einwanderung in Amerika ausgeschlossen werden sollen, endgültig beschlossen. Der japanische Botschafter in Washington ist zur Heimreise ermächtigt worden.

Eintritt Amerikas in den Haager Schiedsgerichtshof.

London, 26. Mai. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Außenkommission des Senats eine Entschließung zugunsten des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag angenommen.

Das vorläufige Ende des englischen Weltrundfluges.

London, 26. Mai. Wie aus Rangoon gemeldet wird, stürzten die englischen Weltrundflieger am Sonnabend im Hafen von Akyat mit ihrer Maschine ab. Diese wurde völlig zertrümmert, die Insassen blieben unverletzt.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	28. 5.	27. 5.
Weiz., märk.	156-159	156-159
pommerscher	—	—
Rogg., märk.	132-137	132-136
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Braugerste	158-166	158-166
Futtergerste	145-155	145-155
Hafer, märk.	127-135	127-134
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	22-24,7	22-24,7
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	19,5-22	19-21,7

	28. 5.	27. 5.
Weizkl. f. Brl.	—	8,8
Rogkl. f. Brl.	9,3-9,6	9,2
Raps	270-275	280
Leinsaat	—	—
Viktor.-Erbs.	18-20	18-20
kl. Speiseerbs.	14-15	14-15
Futtererbsen	13-14	13-14
Peluschken	10,5-11	10,5-11
Ackerbohnen	13-14	13-14
Wicken	10,5-12	10,5-12
Lupin., blaue	10-10,5	10-10,5
Lupin., gelbe	13-14	13-14
Serradelle	11-13	11-13
Rapskuchen	10	10
Leinkuchen	17	18,5
Trockenschtzl.	7,9	8,5
vw. Zuckschn.	18	18
Torfml. 30/70	7,4	7,5
Kartoffelfl.	20,5	20,6-21

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, den 28. Mai. Auftrieb: Rinder 1720 (darunter 554 Bullen), 441 Ochsen, 735 Kühe und Färsen, 2400 Kälber, 2251 Schafe, 7733 Schweine, 4 Ziegen, 81 Schweine aus dem Ausland. — Preise: Ochsen a) —, b) 33—36, c) 28—32, d) 25—27; Bullen a) 35—36, b) 31—33, c) 27—30; Kühe und Färsen a) —, b) 33—42, c) 28 bis 30, d) 22—24, e) 15—18; Fresser 24—29; Kälber a) —, b) 60—70, c) 45—55, d) 35—43, e) 28—33; Stallmastschafe a) 34—38, b) 25—30, c) 14—20; Schweine a) —, b) 54—55, c) 52—54, d) 51—52, e) 48—50, f) 45—47; Sauen 46—48; Ziegen 12—18. — Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schafen ruhig; bei Schweinen glatt. — Der Markt am 7. Juni fällt aus.

Lokales und Provinzielles.

Turnfahrt des Männerturnvereins v. 1881.

O Sommerszeit, o schöne Zeit,
wie machst du junge Herzen weit,
wie fröhlich tönt die Weise!
Wenn Jugend greift zum Wanderstab,
und leichten Muts bergan, bergab,
mit Gott geht auf die Reise.

Und diesmal geht die Reise am kommenden Sonntag auf drei Tage in die nahe Sächsische Schweiz. Waren es vor 2 Jahren die Rudelsburg und die Neuenburg, Naumburg und die alten Jahnstätten in Freyburg, die uns Turner und Turnerinnen anlockten, und durften wir im vorigen Jahre anläßlich des großen 13. Deutschen Turnfestes in München die herrlichen Gefilde Oberbayerns mit ihren Seen, Schlössern und wuchtigen Felsmassiven schauen, so winkt uns diesmal als Ziel das Elbsandsteingebirge, genannt Sächsische Schweiz. Es ist reich an hübschen Punkten: Lilienstein, Königstein, Bastei, großer und kleiner Winterberg, Kuhstall und Amselgrund, Lichtenhainer Wasserfall und wie sie sonst noch heißen mögen. Allen, die die Sächsische Schweiz besuchten, bleibt sie in steter Erinnerung. Durch den Herrn Gemeindevorsteher in Rathen sind uns in entgegenkommender Weise die nötigen Quartiere für 2 Nächte zum sehr mäßigen Preis von pro Kopf 70 Pfg. zur Verfügung gestellt worden. Da das Fahrgeld für Jugendliche bis zu 20 Jahren ebenfalls nur 4 Mk. für Hin- und Rückfahrt beträgt, so ist Gelegenheit gegeben, für wenige Mark ein herrliches Stückchen Erde unsres Deutschen Vaterlandes kennen zu lernen. Wandern aber im richtigen Sinne dient auch der Jugenderziehung, deshalb auf in die Sächsische Schweiz. Bergheil!

—* **Annaburg.** Das am gestrigen Himmelfahrtstage in den ersten Nachmittagsstunden über unsere Gegend heraufziehende Gewitter, das unseren Fluren einen erquickenden Regen brachte, hat im benachbarten Schweinitz durch Hagelschlag, namentlich an den Obstbäumen und Weinstöcken, schweren Schaden verursacht.

—* **Annaburg.** Das diesjährige Schützenfest wird am 15., 16. und 17. Juni in althergebrachter Weise abgehalten. Am letzten Tage findet das Verbandsschießen des Elbe-Elster-Schützenbundes statt.

—* **Kinoschau.** Auf die am heutigen Sonnabend in Naundorf stattfindenden Vorführungen des hiesigen Palast-Theaters sei auch an dieser Stelle empfehlend hingewiesen. Siehe Inserat.

Wittenberg, 20. Mai. Im Vororte Piesteritz läßt die Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G. (Reichs-Stickstoffwerke), die schon im Vorjahre ein großes Wohnhäuser-Viereck erstehen ließ, wieder 80—100 neue Wohnungen für Werksangehörige errichten.

Luckenwalde. (Ein Rehbock als Verkehrshindernis.) Ein schweres Unglück ereignete sich in der Nähe von Luckenwalde auf der nach Berlin führenden Chaussee. Ein 100-PS Personenwagen der „Osteuropäischen Warenaustausch Ges. A.-G.“ fuhr in schneller Fahrt, von Leipzig kommend auf der von dichtem Gehölz eingefaßten Straße, als plötzlich aus einer Tannenschonung ein Rehbock mit einem Satz gegen das Auto sprang. Das Tier verfing sich mit dem Gehörn im Steuerrad, der Chauffeur verlor die Herrschaft über den Wagen und dieser stürzte, sich überschlagend, in den Graben. Der Chauffeur starb nach kurzer Zeit, während die Insassen des Autos schwer verletzt wurden.

Kreblitz (Kr. Luckau). Aufteilung unseres Rittergutes zu Siedlungszwecken. Das hiesige, zur Fürst Friedrich zu Solms-Baruth'schen Standesherrschaft gehörige Rittergut ist neuerdings zu Siedlungszwecken aufgeteilt worden. Das Areal hat eine Ausdehnung von insgesamt 275 Hektar. Seit Monaten wird der dazugehörige Wald niedergeschlagen. Die Deutsche Kultur- und Siedlungsgesellschaft zu Berlin hat den Antrag zur Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung gestellt. Siedler erhalten für den Aufbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden die staatlichen Unterstützungsgelder. Es ist namentlich für Familien aus Flüchtlingslagern, die in den an Polen abgetretenen Gebieten Haus und Hof verloren haben, hier günstige Gelegenheit geboten, sich wieder Existenzmöglichkeiten zu schaffen. Sie und auch andere Siedler erhalten zur Bewirtschaftung eine größere Parzelle Land angewiesen.

Aus der Altmark, 22. Mai. In Wahrenberg in der Altmark wurden drei Pferde des Pferdehändlers Bredow von einem Bienenschwarm überfallen und so zugerichtet, daß sie alsbald an Blutvergiftung starben.

Erfurt. (Die Stadt der Beleidigten.) In Erfurt scheinen eigentümliche Verhältnisse zu herrschen, denn es schweben dort so viele Beleidigungsklagen, daß die Einrichtung besonderer Gerichtstäge sich als notwendig erweisen hat.

□ **Bei Postpaketen nach der Schweiz** muß in den Zollinhaltserklärungen das Rohgewicht der Sendung und das Reingewicht jeder Warengattung, je bis wenigstens auf 100 Gramm genau angegeben werden. Die schweizerische Zollbehörde hat sich bereit erklärt, die Verzollung auf Grund der Gewichtsangaben in den Zollinhaltserklärungen unter gewissen Bedingungen vorzunehmen. Es heißt in der in Frage kommenden Verordnung: Ist das in der Zollinhaltserklärung angegebene Bruttogewicht niedriger als die Gewichtsangabe auf der Paketkarte, so kann die Verzollung ohne Nachwiegung nach dem Gewicht der Zollinhaltserklärung erfolgen, wenn dieses innerhalb der Gewichtsgrenze der auf halbe Kilogramm aufgerundeten Gewichtsangabe der Paketkarte und dem auf der Zollinhaltserklärung vermerkten niedrigen Gewichte gelegen ist.

Kirchliche Nachrichten.

Ortskirche: Am Sonntag, vorm. 9 Uhr: Predigt-Gottesdienst, Herr Pfarrer Langguth.
Nachm. 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst in der Schloßkirche.

Markt-Kalender.

Am 31. Mai: Schweinemarkt in Jessen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719240531-15/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Aufforderung
zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital (für das Kalenderjahr 1923) zum Zwecke für der Feststellung der Vorauszahlungen für das Kalenderjahr 1924.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet: alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Bezirke des Gewerbesteuerausschusses für den Kreis Torgau, mit Ausnahme der einen eigenen Veranlagungsbezirk bildenden Stadt Torgau eine Betriebsstätte unterhalten, wenn sie am 31. 12. 1923 ein Vermögen von mehr als 4800 GM. besessen haben.

2. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom **28. Mai bis einschließlich 20. Juni 1924** bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich der Sitz oder die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Soweit Vordrucke für die Steuererklärungen den Pflichtigen nicht zugehen sollten, können solche vom 28. Mai ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses (Kreishaus Zimmer 4 — sowie von den Magisträten und größeren Gemeinden bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

3. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Torgau, den 28. Mai 1924.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Bezirk, Kreis Torgau.
Dr. Drews, Landrat.

Betrifft Reichsmietengesetz.

Bei der Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat Juni verbleibt es bei meiner Bekanntmachung vom 30. April 1924 (Torgauer Zeitung Nr. 103 vom 2. d. M.) betr. Regelung der Maimiete.

Torgau, den 22. Mai 1924.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. A.: Holtz, Regierungsassessor.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung
der Oberförsterei Thiergarten

am 3. Juni 1924, vormittags 9 Uhr im **Waldschlößchen** in **Annaburg.**

Försterei **Heidemühle,** Sammelhieb, Kiefer: 60 Stück Stämme I./IV. = 34 fm, 232 rm Kloben, 150 rm Knüppel, 60 rm Reis III. Kl.

Försterei **Frauenhorst,** Schläge Jagen 32a und 48a: 544 rm (64 Kabeln Stockholz zur Selbstwerbung). Durchforstung Jagen 33b: 1 rm Eichen-Knüppel; 8 rm Birkenknüppel. Kiefer: 2 rm Knüppel, 1100 rm Reis II. Kl.

Försterei **Zschernick,** Sammelhieb und Durchforstungen Jagen 57c, 58c, 61b 77a u. b und Schlag Jagen 106c Eiche: 1 Stamm V. = 0,42 fm. 2 rm Kloben, 2 rm Knüppel. Birke: 1 Stamm V. = 0,45 fm. Erle: 7 rm Nutzkloben II., 2 rm Kloben, 6 rm Knüppel, 12 rm Reis III. Kiefer: 11 Stämme I./III. = 14 fm, 20 rm Kloben, 99 rm Knüppel, 28 rm Reis I., 211 rm Reis II. Kl.

Försterei **Meuselko,** Schlag Jagen 124, Durchforstungen Jagen 125b, 126b, 140c, 145b. Birke: 2 Stämme V. = 1,19 fm. Erle: 4 rm Kloben. Kiefer: 8 Stämme I./III. = 7,12 fm, 146 Stück Derbholzstangen I./II., 71 rm Kloben, 33 rm Knüppel, 299 rm Stockholz zur Selbstwerbung, 786 rm Reisig III. Kl.

Försterei **Thiergarten,** Sammelhieb und Durchforstungen Jagen 130a, 138d, 146b, 155a, 157c. Eiche: 3 Stämme IV./V. = 1,75 fm, 10 rm Knüppel, (letztere stehen bereits angefahren am alten Lazarett in Annaburg.) Birke: 1 Stamm V. = 0,61 fm, 2 rm Kloben, 2 rm Knüppel. Erle: 2 rm Kloben. Kiefer: 36 Stämme II./IV. = 25 fm. 1 Weißtannenstamm IV. = 0,60 fm (letzterer liegt im Oberförstereigehöft Thiergarten), 172 rm Kiefern-Kloben, 176 rm Knüppel.

Nutzholz beginnt. Aenderungen bleiben verbehalten.

Sonntag, den 1. Juni, vorm. 9 Uhr verpachte ich die

Grasnutzung meiner Haidewiese

an Ort und Stelle kabelweise meistbietend gegen sofortige Bezahlung.

Bötticher, Gut Naundorf.

Bekanntmachung.

Die **Verpachtung** der im **Bruch** gelegenen

Pfarr-, Küster- und Kantor-Wiesen

findet am **Sonnabend, den 31. d. Mts., nachm. 3 Uhr** im **„Bürgergarten"** meistbietend gegen sofortige Bezahlung statt.

Der Gemeinde-Kirchenrat.

Maurer- u. Zimmerarbeiten
aller Art, sowie **sämtliche**
Bautischler-Arbeiten,
Zeichnungen und Kostenanschläge
schnellstens!

Durch direkten Großeinkauf aller Baustoffe, Verarbeitung im eigenen Betriebe und gestützt auf ein **großes Holz- und Baumaterialienlager** kann ich besondere Vorteile bieten!

Denken Sie daran, wenn Sie **solide und vorteilhaft bauen** wollen!

Wilh. Kunze.
Fernsprecher Nr. 6.

Rahmenbrüche aller Art,
Umbau von Herren- zu Damenräder.
Nähmaschinen :-: Centrifugen
Fahrräder in großer Auswahl,
Kinder- und Sportwagen.
Emaillier- und Reparatur-Werkstatt
Fritz Rödler, Annaburg,
Fernsprecher Nr. 53.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführgng in allen Größen.
Ersatzteile und **Räder** stets vorrätig.
Solide Preise!
Zentrifugen :-: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Schwarten, Teer,
Carbolineum :: Klebemasse
prima Dachsplitt.
Großes Lager in Dachpappe,
10 Meter-Rolle von **3.— Mk.** an, empfiehlt
Wilhelm Kunze,
Fernsprecher Nr. 6.

Der große Bucherfolg!

120. bis 150. Tausend

Brücken führen über den Rhein, Brücken — und keine Lafetten!

Von einer Französin

Das Buch vom kommenden Zusammenbruch Frankreichs
Im besetzten Gebiet verboten!

Gebunden 3 Mark

Vorrätig in allen Buchhandlungen oder direkt zu beziehen durch den
Drei Sonnen-Verlag Leipzig
Georgstring 3—5. :: Postscheckkonto Leipzig 68544

Drahtgeflechte
zu **äußerst günstigen** Fabrikpreisen, 40, 50, 60 mm Maschenweite, 25 mm stark,
liefert jedes Quantum für Schrebergärten, Siedlungen sowie Großabnehmer zu Vorzugspreisen
Anhaltische Drahtverarbeitungs-Industrie Walter & Kilz
Dessau, Wilhelmstraße 36. Fernsprecher 2345.

Man nehme
zur Wäsche nie Seife allein, das Waschen wirde zu teuer sein. Man nehme
Henko
als Zusatzmittel — — die Kosten verringern sich um ein Drittel!
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Gebrauchter
Herrenreitsattel
zu kaufen gesucht.
Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl.

Piano
oder **Flügel,**
gebraucht, f. Anfangsschüler **zu kaufen gesucht.** Verkäuf. wolle Angebot bezw. Adresse unter **Nr. 23** bei der Geschäftsstelle der Ztg. niederlegen.

Metallbetten,
Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Priv. Katal. 61 D frei
Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

2 Ziegen
mit Lämmer
hat zu verkaufen
Wendenburg, Siedlung.

6—10 Mrg. Acker,
Wiese od. Oedland,
möglichst an fließendem oder stehendem Wasser gelegen, **zu kaufen gesucht gegen Barzahlung.** Preis-Angebote erbittet
Kurt Gerber, Wahrenbrück, Ratskeller.

Eine 8 Jahre alte schwere
Fuchs-Stute
mit Fohlen
verkauft
August Zwiebel,
Borcken b. Herzberg/Elster.

Empfehle:
Dachlack (Teer)
Klebemasse
Karbolineum
Fr. Krösch,
Maurermeister
Niederestraße 24.

Zahn-Atelier
Annaburg, Torgauerstraße 27, im Hause Konditorei Schüttlauf.
Sprechstunden für Zahnkranke: Jeden Montag v. 9—1 und 2—6 Uhr.
E. Pape, Dentist
Wittenberg.

Sommersprossen
braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pikkel und Mitesser. Auskunft frei, nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus,
Heiligenstadt (Eichsf.) A 21

ff. neue
saure Gurken
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

„Denken Sie daran!"

Die Grundlage für eine **solide** und **vorteilhafte** Bauweise ist einzig und allein die langjährige Erfahrung des gereiften Fachmannes gestützt auf die Anerkennung zahlreicher Interessenten.

Nur diese Eigenschaften gewährleisten eine streng handwerksmäßige und **grundreelle**

Ausführung aller Maurer-, Zimmerer- und Bautischler-Arbeiten,

wofür sich empfiehlt

Architekt G. Holtze, Zimmermstr.,
Baugeschäft, Annaburg, Fernsprecher Nr. 27.

Bürger-Schützen-Verein.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Schießen.
Bürgergarten.

Schiefertafeln
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

M.-T.-V.
Annaburg (v. 1881).
Heute, Freitag, abends 1/2 9 Uhr
Zusammenkunft der Turnfahrer.
Fahrgeld (Mk. 4.—) ist mitzubringen. Einige Anmeldungen für die Fahrt werden noch berücksichtigt.
Schmidt.

Sonntag, den 1. Juni, von 6 Uhr ab
Tanzkränzchen
Es ladet freundl. ein
Karl Müller.

Lichtspielhaus.
Sonntag, den 1. Juni, abends 8 3/4 Uhr:
Die Affaire der Baronesse Orlowska.
Ein Lebensbild in 5 Akten.
Hauptrolle: **Dary Holm, Bernd Aldor.**

Im Wirbel des Lebens.
Drama in 4 Akten.
Eintrittspreise: 100 Pf., 70 und 50 Pf.

Der Kaninchenzucht-Verein
Annaburg und Umgegend
veranstaltet am **Sonnabend, den 31. Mai,** von abends 8 Uhr ab im **Bürgergarten** ein
Tanzkränzchen,
verbunden mit **Verlosung von Rassekaninchen.**
Eintritt: Damen 25 Pf., Herren 75 Pf.
— Tanz frei! —
Hierzu ladet freundlichst ein **der Vorstand.**

Lichtspiele Naundorf.
Nur Sonnabend abend 8 3/4 Uhr:
Der Mann ohne Beruf.
Sensations-Abenteuer in 6 Akten.
„Knospen, die sich nicht entfalten!"
Drama in 4 Akten.
Um gütigen Besuch bittet **die Direktion.**

Zahn-Atelier
Georg Consentius, Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
Telefon Nr. 23
empfiehlt sich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes**
Behandlung für Krankenkassen.
Sprechstunden täglich 9—5 Uhr.

Wer deutsch denkt u. deutsch fühlt
liest das beliebte Familienblatt der gebildeten Kreise, die
Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen
Täglich 2 Ausgaben
Schnelle und umfassende Berichterstattung auf allen Gebieten. Gediegene Leitartikel. Ausgedehnter Handelsteil mit groß. Kurszettel. Reichhaltiger Unterhaltungsteil. Spannende Romane. Regelmäßige Berichte über Sport, Mode, Haushalt usw.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger entgegen, sowie die Hauptgeschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61-62
Anzeigenblatt ersten Ranges

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719240531-15/fragment/page=0004

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal und Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 44. **Sonnabend, den 31. Mai 1924.** **27. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der bisherige Reichskanzler Dr. Marx wurde mit der Bildung der Reichsregierung vom Reichspräsidenten beauftragt.
* Zum Präsidenten des neuen Deutschen Reichstags wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wallraf gewählt.
* Das Koblenzer Abkommen zwischen den Farbstoffabriken des besetzten Gebietes und der Micum ist bis zum 15. Juli verlängert worden.
* Der amerikanische Botschafter in London betonte bei einem Frühstück, daß die amerikanische Regierung bereit sei, durch Erleichterung der Ausgabe einer deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten an der Anwendung des Sachverständigenberichts praktisch mitzuarbeiten.
* Die japanischen Blätter kündigen den bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages an. Japan werde auf sämtliche Schuldforderungen verzichten und die Sowjetregierung anerkennen.

Die Regierungskrise.

Der Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung ist, entsprechend ihren mehrfachen Ankündigungen, am Vorabend der Reichstagseröffnung zurückgetreten. In dem amtlichen Bericht heißt es:

Die Reichsregierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Mai 1924 beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung heute erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

*

Marx übernimmt die neue Kabinettsbildung.

Berlin, 28. Mai. Der Reichspräsident hat heute vormittag den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Kabinettsbeauftragt. Derselbe hat den Auftrag angenommen.

Reichstag ohne Regierung.

Berlin, den 27. Mai.

Nachdem die Regierung Dr. Marx in letzter Nacht ihren Rücktritt erklärt hatte, trat heute nachmittag der neugewählte Reichstag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Als der Alterspräsident, der sozialistische Abgeordnete Bock, die Sitzung eröffnen wollte, kam es zu außerordentlichen Szenen. Die Kommunisten verlangten stürmisch die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Kommunist Katz betrat trotz des lauten Widerspruches des Hauses die Tribüne und hielt eine Ansprache an das Haus, die aber unter dem allgemeinen Tumult zugrunde ging. Als das Haus sich etwas beruhigt hatte, konnte die Sitzung beginnen und der Präsident die provisorischen Schriftführer ernennen. Dann begann der Namensaufruf. Zu einem langen Tumult kam es dann wieder, als der Name General Ludendorffs aufgerufen würde. Auch der Name des preußischen Innenministers Severing und des Großadmirals von Tipitz übte bei der äußersten Linken einen ähnlichen Einfluß aus. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 449 Mitgliedern, so daß das Haus beschlußfähig war.

Von kommunistischer und von nationalsozialistischer Seite war eine Reihe von Anträgen eingelaufen, die über einzelne ihrer Mitglieder verhängten Gefängnisstrafen aufzuheben und sie in Freiheit zu setzen. Hierüber entspann sich trotz des Widerspruchs des Hauses eine sehr ausführliche und außerordentliche erregte Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde aber das Haus auf morgen vertagt, um die Präsidentenwahl vorzunehmen und dann über die gestellten Anträge Entschluß zu fassen. Nach den vorliegenden Berichten war die Eröffnungssitzung mit ihrem wüsten Lärm und Zurufen, wie Bluthund, Schweinehund, du Rindvieh, Ausdrücke die im deutschen Parlament fremd waren, wenig dazu angetan, Ersprießliches von dem neuen Reichstag erwarten zu dürfen.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten

Berlin, 28. Mai.

In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstages wurde der Abgeordnete Dr. Wallraf, früherer Oberbürgermeister der Stadt Köln und Reichsminister des Innern, mit 227 Stimmen gegen 151, die auf den bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe fielen, zum Präsidenten des neuen Reichstages in der Stichwahl gewählt. Abg. Wallraf, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, nahm die Wahl an. Das Ergebnis wird von der Rechten mit stürmischem Beifall und Händeklatschen begrüßt, während aus den Reihen der äußersten Linken Unruhe sich bemerkbar macht. Wallraf übernimmt sofort das Präsidium und verspricht, die Würde und die Rechte des Reichstages zu wahren und unparteiisch zu wirken. Er ermahnt das Haus unter lebhaftem Widerspruch der Kommunisten, seine Tätigkeit in parlamentarischen Formen auszuüben. Er schloß mit Worten des Dankes an den früheren Präsidenten Löbe und den Alterspräsidenten Bock.

Wallraf.

*

Eigentlich war die gestrige erste Sitzung des Reichstages gesprengt worden — denn während die Kommunisten die Internationale anstimmten und von der Rechten das Deutschlandlied erscholl, setzte der im Lärm machtlos gewordene Alterspräsident Bock seinen Hut auf und verließ das Haus, das dann ohne förmliche Schließung auseinanderging. Das Interesse an der heutigen Sitzung war wiederum außerordentlich stark, wie die überfüllten Tribünen bewiesen. Die Sitzung selbst, die um 11 Uhr zur Wahl des Präsidiums angesetzt war, konnte erst gegen 12 Uhr beginnen, weil die Parteien sich vorher nicht einigen konnten. Alle hatten bei dem von ihnen genannten Kandidaten beharrt. Die Sitzung selbst verlief außerordentlich lebhaft. Sofort nach Eröffnung durch den Alterspräsidenten stellte der Zentrumsführer Fehrenbach den Antrag, die Sitzung überhaupt auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis über die Regierungsbildung und die Besetzung des Präsidiums Klarheit geschaffen sei, da beide Fragen eng miteinander zusammenhängen. Dieses Verlangen fand bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschnationalen, der National-sozialistischen Freiheit [illegible] vor allem bei den Kommunisten lebhaften [illegible] Namentlich der Abg. Koenen (Kommunist) [illegible] haft dagegen und verlangte im Falle der A[illegible] Antrages wenigstens sofortige Verhandlung [illegible] träge auf Haftentlassung der festgenommenen [illegible] schen Abgeordneten. Nach längerer Geschä[illegible] debatte wurde der Antrag Fehrenbach gegen [illegible] des Zentrums und einiger Mitglieder der Deu[illegible] partei abgelehnt. Jetzt kam der Abg. F[illegible] mit einem neuen Vorschlage, die Sitzung bis 2 [illegible] tagen und erklärte gleichzeitig die Zustimmun[illegible] kraten und der Deutschen Volkspartei zu die[illegible] Diesem Verlangen zeigten sich jetzt auch die [illegible] kraten und die Deutschnationalen geneigt, so d[illegible] ironischen Beifall der Kommunisten schließl[illegible] tagung bis um 2 Uhr beschlossen wurde.

Die entscheidende Abstimmun[illegible]

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ge[illegible] versuchte der Kommunist Scholem erneut ü[illegible] der Freilassung der politischen Gefangenen [illegible] lassen. Es entstand bei seinen Ausführunge[illegible] Lärm, und laute Zwischenrufe ertönten aus [illegible] Nach längeren Ausführungen des bisherigen [illegible] präsidenten Löbe lehnte das Haus es ab, [illegible] die Anträge zu besprechen. Bei der nun folg[illegible] denwahl erhielt der deutschnationale [illegible] Wallraf 202, der sozialdemokratische Abgeo[illegible] 107, der Kommunist Thalmann 47 und de[illegible] abgeordnete Fehrenbach 63 Stimmen. Es [illegible] Stichwahl zwischen Wallraf und Löbe nötig. Der Namensaufruf und die Stimmenabgabe erfolgte im allgemeinen ruhig. Nur bei dem Namen Ludendorff kam es wieder zu erregten Szenen, da ihn die Kommunisten mit lauten Zurufen begrüßten, die die Deutschvölkischen ebenso lärmend erwiderten. Zeitweilig sah es so aus, als ob es zu einem Handgemenge zwischen den beiden Parteien kommen sollte. Die Stichwahl entschied mit 227 gegen 151 Stimmen für den Abg. Dr. Wallraf, der sofort die Leitung der Geschäfte übernahm. Als er mitteilte, daß seiner Meinung nach die Zahl der Vizepräsidenten, die jetzt zu wählen seien, auf drei beschränkt werden müsse, ertönt aus den Reihen der Kommunisten ein lautes „Aha!“ Der Abg. Löbe schlägt vor, zum ersten Vizepräsidenten den sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann durch Zuruf zu wählen. Da Widerspruch seitens des völkischen Abgeordneten v. Graefe erhoben wird, muß auch diese Wahl durch Namensaufruf und Zettelabgabe erfolgen.

*

Dr. Wallraf wurde am 18. September 1859 in Köln geboren als Sohn des Justizrats Wallraf, studierte in Bonn, Heidelberg, Leipzig, arbeitete als Referendar in Köln und Oppeln, als Assessor in Aachen, wurde Landrat in Malmedy und St. Goar, Polizeipräsident in Aachen, Oberpräsident in Koblenz und 1907 Oberbürgermeister in Köln. Unter der Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling war er 1918 Staatssekretär des Innern.

Dr. Marx soll das Kabinett bilden.

m. **Berlin,** 28. Mai.

Der Reichspräsident konferierte heute morgen zunächst mit dem deutschnationalen Führer Hergt, um die Kabinettsbildung zu besprechen. Hergt soll dabei erklärt haben, daß die Deutschnationalen bereit seien, unter Umständen sich an einer großbürgerlichen Regierung zu beteiligen. Die Grundlage der Einigung könnte nach einer deutschnationalen Erklärung in der Richtung gefunden werden, daß die Regierungserklärung zum Ausdruck bringt, die neue Reichsregierung sei bereit, die erforderlichen Verhandlungen mit dem Ausland, ausgehend von dem Sachverständigengutachten, das die bisherige Reichsregierung als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, zu führen.

Unmittelbar nach der Unterredung mit Hergt, wurde Dr. Marx zum Reichspräsidenten gebeten, und es wurde ihm der formelle Auftrag der Regierungsbildung übertragen. Ob bei einem Übereinkommen mit den Deutschnationalen diese allerdings den bisherigen Außenminister Dr. Stresemann annehmen würden, ist sehr fraglich. Der bisherige Reichskanzler Dr. Marx verhandelte im Laufe des Tages mit den deutschnationalen Vertretern Hergt, Graf Westarp und Lindeiner.

Die Volkspartei für Schwarz-weiß-rot.

Wahlalter 25 Jahre.

Die deutsche Volkspartei beantragte im Reichstag, den Artikel 3 der Reichsverfassung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „Die Reichsfarben sind schwarz- [illegible] beantragt die Fraktion, im Artikel [illegible] das Wahlalter von 20 auf [illegible]

[illegible] Antrage wird die Einsetzung eines [illegible] von 28 Mitgliedern gefordert, [illegible] soll, die Reichsverfassung vom [illegible] Sicht auf die in der Zwischenzeit [illegible] insbesondere hinsichtlich der Zu[illegible] zischen Reich und Ländern [illegible] Gesetzgebung und Verwaltung einer [illegible]

[illegible] Rundschau.

[illegible]sches Reich.

[illegible]ren im besetzten Gebiet

[illegible]ssion hat die Gesetze und Verordnungen [illegible]ebung der Post-, Telegraphen- und [illegible]ldmark geregelt wird, unter dem [illegible] Gebiet zugelassen, daß die Mit[illegible] der Besatzungsarmeen nur die [illegible] und Verordnungen vorgesehenen [illegible]

[illegible] der Beamten.

[illegible]che Beamtenbund veranstaltete in [illegible]bung gegen die Besoldungsneu[illegible] besuchte Versammlung nahm ein[illegible] an, in der sie Protest dagegen [illegible] Gemeinteinkommen der unteren Grup[illegible] und das der mittleren Gruppen mit [illegible] angeführt 22 % aufgebessert wurde, während das Gesamteinkommen der oberen Gruppen um 60 % erhöht worden ist.

Die geschädigten kleinen Sparer.

Im Preußischen Landtage hat die Deutschnationale Fraktion folgende Anfrage eingebracht: „Durch Festsetzung der Reichsbank, daß die Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark gelten soll und durch die dritte Steuernotverordnung, wonach das Reich den Zinsendienst für die Kriegsan-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719240531-15/fragment/page=0005